

Disziplin und Wachstum

Jacques Delors plädiert für neue Impulse für die EU durch Forschungsprogramme und Infrastrukturprojekte.

Die Schuldenkrise, die die meisten westlichen Länder erschüttert, stellt die Europäische Union (EU) und ihre Mitgliedstaaten vor ein gefährliches Dilemma: Einerseits müssen sie Haushaltsanpassungen und strukturelle Reformen antreiben, andererseits müssen sie die Aussichten auf ein Wirtschaftswachstum erhalten, um den Bürgerinnen und Bürgern einen Zukunftshorizont zu öffnen.

„Den Staaten die Haushaltsdisziplin, Europa das Wachstum“: Diese Formel von Tommaso Padoa-Schioppa verschleierte nicht die Notwendigkeit, ein solches Dilemma auf nationaler Ebene durch tiefgreifende Reformen zu bekämpfen, die als Ziele die Reduzierung der Ungleichheiten und die Förderung eines nachhaltigen Wachstums beinhalten. Sie unterstreicht jedoch den Mehrwert der Maßnahmen, denen aus wirtschaftlichen, sozialen und politischen Gründen eine absolute Priorität zukommt.

Selbstverständlich müssen die Regeln des Stabilitätspakts respektiert werden, heute ebenso wie früher, allein schon aus Rücksicht auf zukünftige Generationen und um die Souveränitätsausübung nicht privaten Gläubigern zu überlassen. Doch die EU ist mehr als nur eine Staatengemeinschaft, die aufgrund rechtlicher oder politischer Sachzwänge dazu gezwungen ist, Haushaltsdefizite zu untersagen. Sie muss auch zur Meisterung einer doppelten Herausforderung beitragen: die der Arbeitslosigkeit, die auf EU-Ebene die Zehn-Prozent-Marke überschritten hat, und die der allgemein sich abschwächenden Wirtschaftskonjunktur. Die EU muss – auch über den Euro-Raum hinaus – als Wachstumsquelle wahrgenommen werden.

20 Jahre nach dem Meilenstein „1992“ muss die EU ihre Bemühungen zur Vertiefung des Binnenmarktes vollenden, um das noch teilweise brachliegende Wachstums- und Beschäftigungspotenzial besser auszuschöpfen. Wie von Mario Monti in seinem Bericht aus dem Jahr 2010 betont wurde, gibt es noch viel

zu tun, insbesondere im Bereich der Dienstleistungen, der digitalen Wirtschaft und bei öffentlichen Auftragsvergaben. Es ist durchaus möglich, die Ziele mittels einer ausgewogenen Vorgehensweise umzusetzen, die sozialen Aspekten und dem Umweltschutz den ihnen gebührenden Platz einräumt. Die EU-Kommission schätzt, dass in den nächsten zehn Jahren ein potenzieller Wachstumszuwachs von mindestens vier Prozent des Bruttoinlandsprodukts erzielt werden kann. Sie

schlug kürzlich vor, das Tempo zu beschleunigen.

Die EU sollte die bevorstehende Verabschiedung ihres neuen mehrjährigen Finanzrahmens nutzen, der zwar in erster Linie ein Instrument der Solidarität darstellt, aber gleichzeitig als Konjunkturinstrument wirkt. Der EU-Haushalt muss daher einen höheren Beitrag zum Ausbau europäischer Forschungsprogramme leisten, gleichzeitig verstärkt die Vertiefung des Binnenmarktes begleiten, ins-

besondere durch die Finanzierung von dem europäischen Gemeinwohl dienenden Infrastrukturprojekten in den Bereichen Transport, Energie und Kommunikation. Entscheidend ist, dass der von der Kommission für den Zeitraum 2014 bis 2020 vorgeschlagene Betrag von 50 Milliarden Euro im Jahr 2012 genehmigt und anschließend in einer Partnerschaft mit privaten Finanzierungsträgern eingesetzt wird, um die Hebelwirkung des EU-Haushalts zu verstärken.

Ebenso wichtig ist es jedoch, dass die EU, nachdem sie einen flexibleren und vorgezogenen Einsatz der Strukturfonds für wirtschaftlich geschwächte Länder beschlossen hat, sofort einen Betrag in gleicher Höhe für Infrastrukturmaßnahmen mobilisiert. Eine solche außergewöhnliche Geste schafft ein Gegengewicht zur wachstumshemmenden Wirkung der derzeitigen Sparprogramme der Mitgliedstaaten.

Ergänzend zu diesen haushaltspolitischen Maßnahmen muss sich die EU, und insbesondere die Europäische Investitionsbank (EIB), für die Emission von Anleihen zur Finanzierung von Zukunftsaufgaben einsetzen, insbesondere in den Bereichen Infrastruktur und Umweltschutz. Durch die Emission solcher EU-Anleihen kann der in Europa bestehende hohe Investitionsbedarf abgedeckt werden.

Binnenmarkt, EU-Haushalt, europäische Anleihen: Durch den gleichzeitigen Einsatz dieser Instrumente kann nahezu umgehend ein endogenes Wachstum generiert werden. Dieses Wachstumspaket ist heute notwendiger als je zuvor, sowohl, um die negativen wirtschaftlichen und sozialen Folgen einer anhaltenden europäischen Konjunkturschwäche aufzufangen, als auch, um die Legitimität der EU in den Augen ihrer Mitgliedstaaten und ihrer Bürgerinnen und Bürger zu stärken.

Die Autoren sind Jacques Delors und Antonio Vitorino vom Steering Committee der Stiftung Notre Europe. Sie erreichen sie unter: gastautor@handelsblatt.com

Mart Klein

Handelsblatt Shop

Schenken Sie etwas Besonderes:
Jetzt Geschenkkideen entdecken!

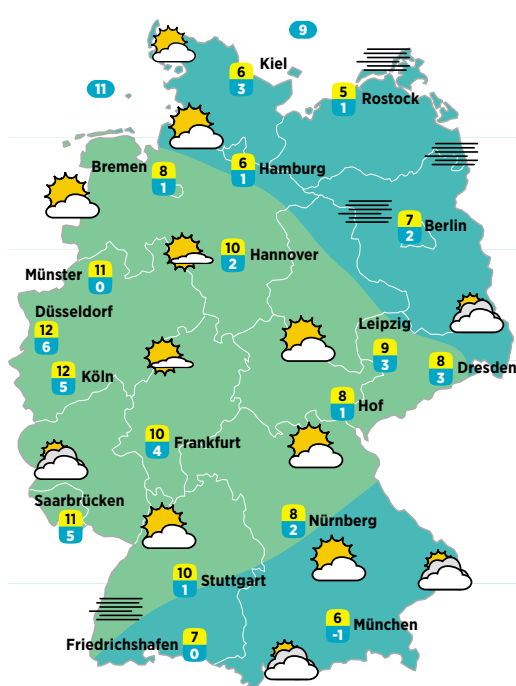
Lassen Sie sich inspirieren:
www.handelsblatt-shop.com

BUSINESS-WETTER 21.11.

Deutschland

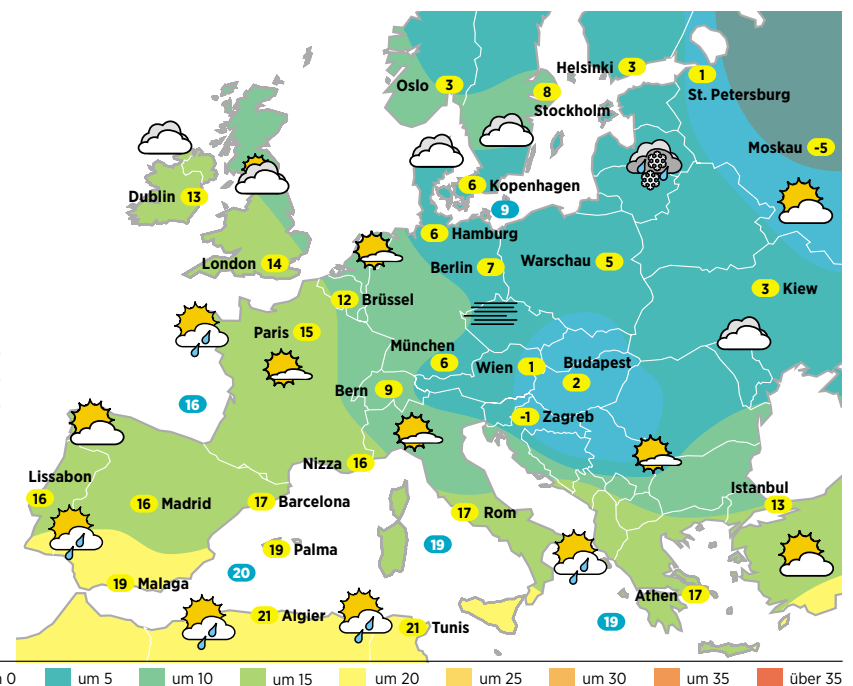
Deutschland liegt weiterhin im Einflussbereich des Hochdruckgebiets Yana, dessen Zentrum sich über Osteuropa befindet. Dabei gibt es oft wieder Nebel oder Hochnebel, der sich bis zum Nachmittag nur teilweise auflöst und die Sonne durchlässt. Außerhalb sowie oberhalb der Nebelfelder scheint die Sonne, am meisten Sonnenschein ist im Bergland und am Alpenrand zu erwarten. Die Höchstwerte liegen bei 4 bis 12 Grad, mit den höchsten Werten im höheren Alpenvorland und im Südwesten. Der Wind weht überwiegend schwach, bevorzugt aus Südost.

Darmstadt	wolkig	9°
Dortmund	heiter	12°
Duisburg	heiter	11°
Essen	heiter	12°
Hildesheim	heiter	10°
Mannheim	wolkig	9°
Potsdam	Nebel	6°
Sylt	wolkig	7°
Wolfsburg	wolkig	8°



Welt

Amsterdam	10°
Bangkok	34°
Buenos Aires	27°
Chicago	7°
Genf	13°
Hongkong	24°
Johannesburg	25°
Kairo	20°
Kapstadt	20°
Los Angeles	15°
Mailand	8°
Manila	32°
Mexiko Stadt	26°
Miami	26°
New York	13°
Peking	10°
Prag	7°
Stockholm	8°
Tokio	14°
Washington	17°
Wien	1°
Zürich	8°



unter 0 um 0 um 5 um 10 um 15 um 20 um 25 um 30 um 35 über 35
Handelsblatt | Mehr Wetter unter www.handelsblatt.com/wetter | Quelle: wetter-deutschland.com